

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is a red parallelogram with the letters 'DGB' in white.

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Nord

Gute Arbeit.

Starke Wirtschaft.

Soziale Sicherheit.

Anforderungen des DGB Nord
an die demokratischen Parteien
zur Landtagswahl
Mecklenburg-Vorpommern 2026

A stylized map of Mecklenburg-Vorpommern in shades of red and pink, with a white banner overlaid.

**MACH
DICH
STARK**

MIT UNS
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Tel. 040-60 77 66 1 - 22
eMail: info.nord@dgb.de

nord.dgb.de

Stark in Arbeit.

Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit.

Anforderungen des DGB Nord an die demokratischen Parteien zur Landtagswahl Mecklenburg- Vorpommern 2026

Im Herbst 2026 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vorpommern eine neue Landesregierung. Die Wahl findet in stürmischen Zeiten statt. Eine sich verändernde Weltordnung und multiple Krisen schaffen Verunsicherung, setzen die Wirtschaft unter Druck und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Gewerkschaften haben klare Vorstellungen davon, wie diesen Herausforderungen begegnet werden muss. Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit sind keine Utopien, sondern können durch gemeinsame Anstrengungen erreicht werden.

Denn unser Land hat alle Voraussetzungen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Hier im Norden kommt alles zusammen: Viel erneuerbare Energie, große Import- und Speichermöglichkeiten, eine vielfältige Unternehmenslandschaft und ein bedeutendes industrielles Rückgrat. Außerdem können wir auf hochmotivierte und gut ausgebildete Fachkräfte bauen sowie einen demokratischen und handlungsfähigen Staat, der Voraussetzung für Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ist.

Damit dieses Potenzial erhalten und weiter gehoben werden kann, brauchen wir eine Politik, die die Themen Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit in den Mittelpunkt stellt.

Gute Arbeit muss im Fokus der Anstrengungen stehen. Wir brauchen tariflich abgesicherte, mitbestimmte und gut bezahlte Arbeitsplätze. Nur mit guter Arbeit werden wir die Zukunft des Landes im Sinne der Beschäftigten gestalten. Wir erwarten deshalb, dass die Politik der bisherigen Landesregierung zur Stärkung der Tarifbindung fortgesetzt wird.

Gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte sind ein Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Aktuell macht sich jedoch der Fachkräftemangel branchenübergreifend bemerkbar und gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Besonders alarmierend ist zudem, dass immer weniger junge Menschen nach der Ausbildung übernommen werden. Gute Ausbildung, Zuwanderung und höhere Erwerbstätigkeit von Frauen sind Schlüsselfaktoren, um dem Fachkräftemangel effektiv zu begegnen.



Laura Pooth, Bezirksvorsitzende DGB Nord und
Daniel Taprogge, Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Starke Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands. Deshalb muss es in der aktuellen schwierigen wirtschaftlichen Lage darum gehen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Wir fordern die Politik auf, durch konsequentes und zukunftsorientiertes Handeln verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen zur Stärkung der Industrie im Norden und für eine sozial gerechte Energiewende zu schaffen. Die Transformation darf weder auf Kosten derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, noch darf sie industrielle Wertschöpfung und Zukunftschancen gefährden.

Soziale Sicherheit ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Erst eine funktionierende öffentliche Infrastruktur mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst ermöglicht Teilhabe, schafft Vertrauen und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Wenn Busse zuverlässig fahren, gute Kitas, Schulen und Krankenhäuser vorhanden sind und die innere Sicherheit gewährleistet ist, verbessert das die Lebensbedingungen der Menschen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir fordern daher massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den öffentlichen Dienst und erwarten von der neuen Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Sozialstaats.

Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – dies sind unsere gemeinsamen Ziele für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Der zunehmende Erfolg rechtsextremer Kräfte, die Hass und Spaltung säen sowie Frauenrechte und Vielfalt in der Gesellschaft infrage stellen, bedroht unsere Demokratie. Wir treten dieser Entwicklung entschieden entgegen und erwarten auch von der zukünftigen Landesregierung, dass sie die Demokratie, ihre Institutionen und demokratische Strukturen in der Gesellschaft schützt und stärkt. Eine Zusammenarbeit mit Verfassungsfeinden darf an keiner Stelle stattfinden.

“Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – die Gewerkschaften haben ihre Erwartungen und Vorschläge für eine demokratische, soziale und starke Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns formuliert. Für einen Dialog auf Augenhöhe stehen wir jederzeit zur Verfügung.”

Laura Pooth, Daniel Taprogge

Anforderungen des DGB Nord an die demokratischen Parteien zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

INHALT

Gute Arbeit und Ausbildung schaffen, Fachkräfte sichern	Seite 6
Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, Energiewende voranbringen	Seite 8
Öffentliche Infrastruktur stärken – investieren statt sparen	Seite 10
Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sichern	Seite 12
Frauen- und Gleichstellungspolitik voranbringen	Seite 15
Gute Bildung für ein zukunftsfähiges M-V schaffen	Seite 17
Demokratie sichern und stärken	Seite 21
Für eine starke Polizei in M-V: Jetzt mehr Personal, bessere Bezahlung und moderne Ausstattung!	Seite 23
Europäische Mittel sichern und verstetigen	Seite 24



Gute Arbeit und Ausbildung schaffen, Fachkräfte sichern

Nur mit Guter Arbeit und gut ausgebildeten Fachkräften werden wir Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfest und im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten. Wir brauchen Gute Arbeit, die fair bezahlt, tariflich abgesichert, mitbestimmt, sozialversichert, gesund, diskriminierungsfrei und mit Perspektive auf Qualifizierung und berufliche Entwicklung ist.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie Gute Arbeit, Gute Ausbildung und die Sicherung von Fachkräften ins Zentrum ihrer Anstrengungen stellt.

Initiativen für Gute Arbeit – pro Tarifvertrag

Tarifverträge sichern die gerechte Teilhabe der Beschäftigten am Wohlstand. Mit Tarifverträgen erhalten die Beschäftigten nicht nur mehr Geld und Urlaub, sondern mit Tarifverträgen gelingt auch endlich die überfällige Angleichung der Löhne und Gehälter in Mecklenburg-Vorpommern an das immer noch höhere Westniveau.

Daher fordern wir von der neuen Landesregierung, sich weiterhin offensiv und strikt für Tarifverträge und eine höhere Tarifbindung einzusetzen: Ob bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, in der Wirtschaftsförderung, der Haushaltsaufstellung, der Gesetzgebung oder dem Erlass von Verordnungen und Richtlinien – überall müssen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelte Tarifverträge als subventionsrelevantes Kriterium privilegiert werden. Die Wirkung des Tariftreuegesetzes ist auf weitere Branchen auszuweiten und strikter zu kontrollieren. Wer öffentliche Aufträge oder Förderungen erhalten will, muss gute Arbeitsbedingungen bieten! Lohndumping darf bei der Ver-

gabe öffentlicher Aufträge kein Wettbewerbsvorteil sein. Vielmehr sollte der Wettbewerb über den besten Service, gute Qualität und die innovativsten Lösungen stattfinden.

Unternehmensverbände, die nicht tariflich gebundene Unternehmen vertreten, entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und dürfen nicht länger gleichberechtigte Gesprächspartner der Landes- und Kommunalpolitik sein.

Mitbestimmung stärken

Mitbestimmung stärken – die Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung sind wichtige Bausteine unserer Demokratie und müssen gestärkt werden. Der Behinderung von Betriebsrats- oder Personalratsarbeit muss entschieden begegnet werden. Der Betriebs- und Personalrätepreis der Landesregierung muss verstetigt werden.

Ausbildung stärken

Die Stärkung der Berufsausbildung ist der Schlüssel zur Fachkräftesicherung von morgen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern geht die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zurück, während sich immer mehr junge Menschen für eine Ausbildung interessieren.

Wenn die Wirtschaft ihrer Verantwortung zur Ausbildung nicht nachkommt, muss das Land mit Einführung einer solidarischen Ausbildungsumlage Ausbildung sowohl in Quantität als auch in Qualität stärken.

Zur Stärkung der Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern ist ein guter Zugang zu den Berufsschulen im Land für alle jungen Menschen sicherzustellen. Dazu braucht es ausreichend Berufsschullehrkräfte und eine Investition in die Lehrkräfteausbildung.

Zusätzlich muss die Reisekostenrichtlinie für Auszubildende, die Landesfachklassen besuchen, dringend überarbeitet werden, damit durch die Aufnahme einer Ausbildung keine Mehrkosten entstehen und jeder Ausbildungsgang von allen jungen Menschen gleichermaßen zugänglich ist.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird für viele junge Menschen zunehmend zu einem weiteren Hindernis auf dem Weg ins Berufsleben. Die zukünftige Landesregierung soll daher geeignete freie Träger und die Kommunen bei der Schaffung von Auszubildendenwohnheimen unterstützen. Die Sozialpartner sind dabei bestmöglich zu beteiligen. Um eine zielgerichtete Umsetzung zu erreichen, soll eine landesweite Markt- und Bedarfsanalyse durchgeführt werden. Zur Sicherung der Auszubildenden- und Studierendenwohnheime braucht es eine dauerhafte Förderrichtlinie.

Gesunde Arbeitsbedingungen unterstützen

Die Ausweitung der täglichen Arbeitszeit über die gesetzlich bereits möglichen 10 Stunden hinaus, stellt nachweislich ein enormes Gesundheits- und Unfallrisiko für die Beschäftigten dar. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels wäre das unverantwortlich. Die Landesregierung muss daher im Bundesrat gegen eine mögliche Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes stimmen. Gleichzeitig soll sie Vorschläge vorlegen, die Arbeitszeiten verlässlich, gesund und sozial gerecht zu gestalten. Das Recht auf Teilzeit und ein geregeltes Rückkehrrecht sind für uns dafür unverzichtbar.

Mit Blick auf die zunehmende Arbeitsverdichtung und die steigende Zahl psychischer Erkrankungen von Beschäftigten fordern wir den Aufbau eines landesweiten niedrigschwelligen Beratungsangebots für Beschäftigte und Betriebe einschließlich Betriebs- und Personalrät*innen zum Umgang mit gesundheitlichen Belastungen und der Gestaltung gesunder Arbeitsbedingungen.

Eingliederungs- und Behindertenhilfe sind wichtige Bausteine inklusiver und gesunder Arbeitsbedingungen. Einsparungen darf es nicht geben.

Unterstützung ausländischer Beschäftigter und Auszubildender

Die bestehenden Beratungsangebote für Beschäftigte aus EU- und Drittstaaten müssen dauerhaft gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Immer mehr Unternehmen werben zudem Auszubildende über Agenturen im Ausland an.

Berufsschullehrkräfte sind häufig die ersten Ansprechpersonen für Auszubildende und ihre Probleme. Die Lehrkräfte / Schulen brauchen Unterstützung, um die Auszubildenden an die richtigen beratenden Institutionen weiter vermitteln zu können. Außerdem benötigen die Schulen Unterstützung bei der Vermittlung von Lehrinhalten an Auszubildende mit Sprachproblemen. Grundsätzlich gilt es, das zugrunde liegende Problem der gefälschten Sprachzertifikate durch die vermittelnden privaten Agenturen zu unterbinden.

Sonn- und Feiertagsschutz

Der Sonntags- und Feiertagsschutz ist für die Arbeitnehmer*innen von besonderer Bedeutung. Die freien Sonn- und Feiertage ermöglichen es besonders Familien, zusammenzukommen, gemeinsame Zeit zu verbringen und soziale Beziehungen zu pflegen. Feiertage gelten zudem als Tage mit besonderer Feiertagsruhe, die bestimmten Ereignissen von gesellschaftlichem oder religiösem Rang gewidmet sind. Die Regelungen zu Geschäftsöffnungen in Mecklenburg-Vorpommern müssen deshalb dringend überarbeitet und die Anzahl der Sonntagsöffnungen drastisch reduziert werden.

Auch für Schichtarbeitende sind aus unserer Sicht klare Schutzmechanismen an Sonn- und Feiertagen notwendig: Genehmigungen für die Arbeit an diesen Tagen sollen künftig nur in zwingend notwendigen Fällen erteilt werden. Die Landesregierung wird sich ferner dafür einsetzen, dass ein möglicher Feiertag im Urlaub von Schichtarbeitenden nicht zur Reduzierung des Jahresurlaubs führt.

Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, Energiewende voranbringen

In der aktuell instabilen wirtschaftlichen Lage brauchen wir dringend Rahmenbedingungen, die den Erhalt und die Schaffung guter Arbeitsplätze sichern. Deshalb fordern wir eine länderübergreifende Strategie zur Stärkung der Industrie im Norden. Diese Strategie muss Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und die Energiewende sozial gerecht gestalten. Die Transformation darf weder auf Kosten derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, noch darf sie industrielle Wertschöpfung und Zukunftschancen gefährden.

Strategien für eine offensive Industrie-, Innovations- und Dienstleistungspolitik

Wir benötigen dringend eine effektive und offensive Industrie-, Innovations- und Dienstleistungspolitik. Norddeutschlandweit abgestimmte Strategien setzen für Politik, Verwaltung, Unternehmen und Beschäftigte klare Ziele für mehr Klimaschutz, Wachstum, Investitionen und Innovationen. Dies beinhaltet auch eine aktive Industriepolitik, welche den klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen einer veränderten Geo- und Handelspolitik gerecht wird. Diese Strategien sind als Stufenpläne branchenbezogen unter der engen Einbeziehung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Arbeitgebern zu entwickeln, um den eng verwobenen Wertschöpfungspotenzialen und -ketten gerecht zu werden.

Staatliche Unterstützung nur mit Beschäftigungssicherung

Staatliche Unterstützung für Unternehmen muss dabei an Mitbestimmung und eine tariflich vereinbarte Beschäftigungssicherung gebunden werden, um sicherzustellen, dass die Förderung nicht nur einer Gewinnmaximierung dient, sondern auch gesellschaftlichen Interessen folgt. Die Landesregierung muss dafür klare Kriterien festlegen, Trans-

parenz herstellen und die Einhaltung konsequent kontrollieren.

Den Wandel mit den Beschäftigten gestalten

Wir erwarten von der Landespolitik auch weiterhin, dass sie sich für die Stärkung von Guter Arbeit und die frühzeitige Einbindung der Beschäftigten als wesentliche Merkmale einer vorausschauenden Strukturpolitik einsetzt. Tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze sowie regionale Beteiligungsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung, um Sicherheit im Wandel und gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten. Um die beschäftigtengerechte Gestaltung des digitalen Wandels zu unterstützen, erwarten wir die weitere Förderung innovativer sozialpartnerschaftlicher Projekte, wie das Kompetenzzentrum mv-works.

Energiewende gerecht gestalten – Chancen nutzen

Wir fordern eine klimagerechte, bezahlbare und sozial gerechte Energiewende unter Einbeziehung aller Ansätze erneuerbarer Technologien. Alle drei Ziele sind gleichrangig zu verfolgen.

Die Energiewende ist wesentliche Grundlage für die nachhaltige Modernisierung unseres Landes. Die in der Energiewende liegenden Chancen für unser Land sind konsequent zu nutzen, auch mit Blick auf die maritime Wertschöpfung und die Entwicklung grüner Leitmärkte.

Die Weiterentwicklung unseres Bundeslandes in Kooperation mit den anderen norddeutschen Bundesländern als Energieland ist die Basis für industrielle Entwicklung. Land und Kommunen müssen für einen schnellen Um- und Ausbau der Erneuerbaren Energien und der damit verbundenen Energieinfrastrukturen für eine erfolgreiche Energiewende

sorgen. Dies umfasst nicht nur Stromnetze, sondern genauso den Aus- und Umbau von Wärme- und Wasserstoffnetzen.

Die Landespolitik muss gemeinsam mit der Bundespolitik eine langfristige Strategie für die soziale Ausgestaltung der Energiewende erarbeiten und umsetzen. Die durch den steigenden CO₂-Preis bedingten Preissteigerungen fürs Heizen, für Strom

und Mobilität müssen ausgeglichen werden, insbesondere für mittlere und einkommensschwächere Haushalte. Die Menschen im Land müssen zudem mehr Optionen erhalten, sich klimaschonend zu verhalten. Immobilieneigentümer*innen müssen gezielt bei energiesparenden Investitionen unterstützt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass mögliche Mieter*innen durch diese Maßnahmen keine höheren Mietkosten tragen müssen.

Positionspapiere zur Energiewende unter:

<https://nord.dgb.de/themen/gute-arbeit/transformation/>



Zusammen schaffen wir es

„Wer bremst, verliert! Wer jetzt das Tempo bei der Energiewende drosselt, sorgt für Unsicherheiten bei den Beschäftigten und in der Wirtschaft. Wir brauchen das Gegenteil: große Ziele und selbstbewusstes Anpacken.“

Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord

Öffentliche Infrastruktur stärken – investieren statt sparen

Eine moderne Infrastruktur und ein leistungsfähiges Gemeinwesen sind Grundlage für ein gutes Leben. Die Menschen haben ein Anrecht auf gute Kitas, Schulen und Universitäten, hochwertige Krankenhäuser, funktionierende Verkehrswege, schnelles Internet, bezahlbare Wohnungen und eine intakte Umwelt. Die zukünftige Landesregierung ist gefordert, alle Investitionsspielräume konsequent zu nutzen.

Investitionen für unser Land

Wir fordern eine massive, sozial-ökologische Investitionsoffensive für gut ausgestattete Schulen und Kitas, eine landesweit gut funktionierende Gesundheitsversorgung und öffentliche Verwaltung, für Straßen, Brücken und Schienen, die die Menschen im Land verlässlich verbinden. Alle Finanzierungsspielräume müssen dafür genutzt werden, den nachfolgenden Generationen ein sozial gerechtes und funktionierendes Gemeinwesen sowie ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Eine moderne Infrastruktur ist auch Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen. Dabei fordern wir eine stärkere Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens.

Gesundheits- und Pflegeversorgung sicherstellen

In den Ländern und Kommunen muss eine flächendeckende, niedrighschwellige und qualitätsgesicherte Gesundheits- und Pflegeversorgung sichergestellt werden. Sie muss allen Menschen - unabhängig von Einkommen oder Wohnort - zur Verfügung stehen. Wir fordern dabei einen klaren Vorrang für gemeinnützige, tarifgebundene Träger und das Non-Profit-Prinzip.

Eine Transformation zu Lasten der Beschäftigten darf es nicht geben. Dem Kostendruck der Krankenkassen muss entgegnet werden. Tarifverträge müs-

sen weiterhin anstandslos, vollständig und zeitgleich refinanziert werden, und zwar ausnahmslos für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen. Die Personalkosten der Krankenhäuser müssen dafür vollständig aus den Fallpauschalen, nach Vorbild des Pflegebudgets, ausgegliedert werden.

Die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch das Land muss langfristig gesichert sein und dauernd auf bedarfsgerechtem Niveau liegen. Mecklenburg-Vorpommern muss im Bund für eine gute Krankenhausreform streiten, auch in Verbindung mit verbindlichen, bedarfsgerechten und sanktionierbaren Personalvorgaben in den Krankenhäusern (PPR 2.0), Psychiatrien und psychiatrischen Fachabteilungen (PPP-RL). Auch in allen anderen Bereichen braucht es genug Personal.

Krankenhäuser funktionieren jedoch nur mit Teamarbeit. Fremdvergaben sowie Werk- bzw. Dienstverträge erschweren die Zusammenarbeit, die Arbeitsbedingungen und die Versorgungsqualität leiden. Deshalb muss die Zersplitterung durch Outsourcing, insbesondere an den landeseigenen Einrichtungen, gestoppt und zurückgenommen werden.

Um die Versorgung langfristig zu sichern, braucht es genug Fachkräfte. Es müssen mehr Menschen für die Gesundheitsfachberufe gewonnen, gut ausgebildet und mit guten Bedingungen im Beruf gehalten werden. Der aktuelle Rückgang der Ausbildungszahlen in der Pflege ist ein Alarmsignal. Für die Ausbildung im Krankenhaus sind klare Qualitätsvorgaben nötig: verbindliche Ausbildungspläne, Vergütung, Zeit für Praxisanleitung, genug Ausbildungspersonal und kostenfreie Lehrmittel müssen Standard sein.

Gleichzeitig erwarten wir von der Landesregierung, dass sie den Menschen die Sorgen vor finanzieller Überforderung im Falle von Pflegebedürftigkeit oder schlechter Versorgung, nimmt.

Öffentlichen Nahverkehr auf Schiene und Straße ausbauen und modernisieren

Der öffentliche Nahverkehr ist für viele Menschen im Land eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Teilhabe und nimmt eine Schlüsselrolle in der Mobilitätsversorgung der Bevölkerung sowie im Klimaschutz ein. Deshalb braucht es eine deutlich verbesserte finanzielle Absicherung, insbesondere im Hinblick auf die dauerhafte Deckelung und Finanzierung des Deutschlandtickets. Nur so kann ein verlässliches und planbares Angebot gewährleistet werden, das für Menschen aller Generationen eine echte Alternative zum privaten Pkw darstellt und den notwendigen Verkehrswandel unterstützt.

Um die Mobilitätsversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, braucht es einen qualitativ hochwertigen und verlässlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, vor allem in den ländlichen Regionen mit verlässlichen Anschlüssen in die Versorgungszentren und Gewerbegebiete. Hierzu zählen auch die Stärkung und der Ausbau des schienengebundenen Regionalverkehrs und der Rostocker S-Bahn in das Umland sowie der Wiederanschluss des Überseehafens an die S-Bahn. Zudem müssen in allen Regionen im Land attraktive Ein- und Ausstiegspunkte in das Bahnnetz sichergestellt werden, um den Anschluss in das deutsche und europäische Bahnnetz zu gewährleisten.

Gleichzeitig muss der öffentliche Nahverkehr als Beschäftigungssystem für die vielen engagierten Beschäftigten gesichert werden. Die Sicherstellung des verpflichtenden Personalübergangs bei Betreiberwechsel im Personenverkehr ist dabei genauso unerlässlich wie eine vollständige und nachhaltige Finanzierung des Nahverkehrs als zentrale Voraussetzung, um die personellen, strukturellen und betrieblichen Herausforderungen zu meistern.

Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen

Auch in vielen Städten und Regionen Mecklenburg-Vorpommerns ist angemessener Wohnraum inzwischen zum Luxusgut geworden. Das ist nicht nur ein soziales Problem, sondern hindert auch

die wirtschaftliche Entwicklung, wenn Fachkräfte nicht ins Land ziehen, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum vor Ort finden können. Die Landesregierung muss deshalb weiterhin alle Förder- und Regelungsmöglichkeiten nutzen, um die Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu unterstützen. Dabei sind auch die besonderen Bedarfe verschiedener Personengruppen wie Azubis oder älterer Menschen zu berücksichtigen.

Auf Bundesebene soll sich die Landesregierung für die Verlängerung und Novellierung der Mietpreisbremse mit dem Ziel eines verbesserten Mieterschutzes einsetzen. Des Weiteren muss die Landesregierung prüfen, inwieweit die Mietpreisbremse auf weitere Städte und Gemeinden ausgeweitet werden sollte.

Funktionierende Häfen für eine resiliente Wirtschaft

Die Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern sind bedeutende Wirtschaftsstandorte im Land und zugleich von überragender gesamtstaatlicher Bedeutung weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Von jeher waren sie wichtig für die Versorgung des Landes und schlichtweg die Drehscheiben für die exportorientierte Wirtschaft und ihre Importabhängigkeit in einem rohstoffarmen Land. Ihre Aufgaben sind jedoch in den letzten Jahren aufgrund klima- und geopolitischer Herausforderungen gepaart mit neuen Anforderungen an die Versorgungssicherheit deutlich gewachsen.

Mit der gestiegenen Bedeutung der Häfen für die Sicherheit und die Versorgung gehen auch deutlich erhöhte Anforderungen an die Hafenhinterlandanbindungen einher. Zusammen mit der Bundesregierung muss die Landespolitik eine schnelle, verlässliche und an den zukünftigen Bedarfen ausgerichtete Hafenhinterlandanbindung, insbesondere auf der Schiene, sicherstellen.

Der Ausbau bestehender Industriefestlandgebiete muss in Abwägung klimapolitischer Aspekte weiter mit Nachdruck und zügig vorangebracht werden, um Flächen für nachhaltige industrielle Entwicklung bereit zu stellen.

Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sichern

Ein handlungsfähiger Staat und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sind zentrale Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie und öffentliche Daseinsvorsorge. Der öffentliche Dienst setzt Rahmenbedingungen für ein gutes Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewährleisten täglich in unseren Schulen, Hochschulen, Kommunen, bei der Polizei, Feuerwehr, in der Justiz und in den vielen anderen Dienststellen Rechtsstaatlichkeit, Daseinsvorsorge, Bildung, Sicherheit und Gemeinwohlorientierung.

Einem handlungsfähigen Staat kommt deswegen eine zentrale Bedeutung dabei zu, das Vertrauen der Bürger*innen in eine funktionierende Demokratie zu erhalten und demokratiefeindlichen Bestrebungen zu begegnen. Eine wehrhafte Demokratie braucht einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst müssen deswegen attraktiv und zukunftsfähig gestaltet werden. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind dabei wichtige Partner der Landespolitik. Die demographische Entwicklung stellt den öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen. Eine große Anzahl altersbedingt freiwerdender Stellen ist kontinuierlich nachzubeseetzen, um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern.

Verhandeln statt verordnen

Beamtenrechtliche Regelungen sind unter intensiver Beteiligung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu treffen. Die Form der Beteiligung muss dabei dem Grundsatz „Verhandeln statt verordnen“ entsprechen. Die zwischen dem DGB und der Landesregierung getroffene Beteiligungsvereinbarung hat sich bewährt und muss weiterhin aktiv gelebt werden. Bei Gesetzesinitiativen zu beamtenrechtlichen Regelungen aus der Mitte des Landtages

muss die Anhörung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit sein.

Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen

Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss im Vergleich mit dem Bund und den anderen Ländern bei der Besoldung und Versorgung seiner Beamt*innen wettbewerbsfähig bleiben. Die Beamt*innen dürfen nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen müssen Maßstab für die regelmäßigen Anpassungen der Besoldung und Versorgung sein. Die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind deshalb verlässlich zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Beamt*innen des Landes und der Kommunen zu übertragen. Dabei sind auch alle Zulagen der Beamt*innen, einschließlich der Erschwerniszulagen, zu berücksichtigen und regelmäßig zu erhöhen.

Verbandsklagerecht in Besoldungskonflikten einführen

Die Einführung eines Verbandsklagerechts in Besoldungsstreitigkeiten würde die beamtenpolitischen Spitzenorganisationen und ihre Mitgliedsgewerkschaften in die Lage versetzen, stellvertretend für ihre Mitglieder, rechtliche Konflikte mit der Landesregierung um das grundgesetzlich verankerte Alimentationsgebot klären zu können. Durch das Verbandsklagerecht entfielen für die Betroffenen der langwierige Weg des Individualrechtsschutzes, und Massenverfahren an den Verwaltungsgerichten würden vermieden werden. Mecklenburg-Vorpommern könnte hier eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

Mitbestimmung stärken

Das Personalvertretungsgesetz weist einen Novellierungsbedarf auf. Es ist seit 1993 weitgehend unverändert geblieben. Fortschritte in der Mitbestimmung in anderen Bundesländern und Entwicklungen in der Rechtsprechung wurden seitdem nicht mehr nachvollzogen. Die Mitbestimmung der Personalräte ist deshalb durch eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes zu stärken. Dabei ist eine Ausweitung der Mitbestimmung bei personellen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen zu gewährleisten. Vorbild dafür sollten die modernen Personalvertretungsgesetze der anderen norddeutschen Länder sein.

Darüber hinaus ist die demokratische Teilhabe junger Menschen zu stärken, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu implementieren, die überholten Begrifflichkeiten der Statusgruppen zu überarbeiten und die personalvertretungsrechtliche Mitbestimmung für alle Menschen, die mit den Hochschulen in einer Arbeitsbeziehung stehen, auszubauen. Der Gesetzesentwurf ist in enger Abstimmung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu entwickeln.

Beschäftigte vor Gewalt schützen

Die Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nimmt immer mehr zu. Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen jegliche Gewalt – insbesondere gegen Personen, die einen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen sowie gegen staatliche Strukturen – entschieden ab. Wir erwarten von der Landespolitik, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dem Problem zu begegnen. Hierzu gehören beispielsweise einheitliche Kriterien für Meldungen und statistischen Erhebungen zu Gewaltvorfällen, der Zugang zu Beratungs- und Schulungsangeboten, der Schutz persönlicher Daten der Beschäftigten und eine konsequente Strafverfolgung durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Für eine schnelle und unbürokratische Hilfe bei Gewaltvorfällen sollte gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft ein gemeinnütziger Träger geschaffen werden.

Der öffentliche Dienst ist dem Grundgesetz verpflichtet

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind dem Grundgesetz und seinen Werten verpflichtet. Sie treten aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Sie sind nicht neutral. Wir erwarten von der Landespolitik, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit einem umfassenden dienstlichen Rechtsschutz den Rücken zu stärken.

Mehr Stellen für die Landespolizei schaffen

Die hohen jährlichen Einstellungszahlen bei Polizei müssen verstetigt und die Anzahl von 6200 Polizeibeschäftigten auf 6500 erhöht werden. Ziel muss es sein, die massiven Personaldefizite in der Fläche und im Kriminaldienst abzubauen. Dies schließt sinnvollerweise eine Stärkung der Stellung der Tarifbeschäftigten in der Landespolizei explizit mit ein. Die klassische, vollwertige Polizeiausbildung sollte dabei im Fokus stehen. Einer Hilfspolizei oder einer Privatisierung von Sicherheitsaufgaben erteilen der DGB und seine Gewerkschaften eine klare Absage.

Benachteiligung ostdeutscher Biografien beenden

Die Benachteiligung ostdeutscher Biografien und ostdeutscher Beschäftigter im öffentlichen Dienst muss beendet werden. In der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) muss sich die Landesregierung deswegen dafür einsetzen, dass auch die Tarifbeschäftigten in Ostdeutschland nach einer Beschäftigungszeit von mehr als 15 Jahren unter den erweiterten Kündigungsschutz nach § 34 Abs. 2 TV-L fallen. Gegenüber den Kommunen muss sich die Landespolitik dafür einsetzen, dass auch für die Tarifbeschäftigten der Kommunen eine entsprechende Regelung gilt. Die Arbeitszeit in den Universitätskliniken in Mecklenburg-Vorpommern ist auf 38,5 Stunden pro Woche zu reduzieren und damit an die Arbeitszeit in den anderen Bundesländern anzupassen.

Im Beamtenversorgungsrecht ist die Frage der sogenannten „systemnahen Berufszeiten“ nach dem

Vorbild der anderen ostdeutschen Bundesländer neu zu regeln. „Systemnahe Berufszeiten“ in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mindern nach aktuell geltendem Recht die Höchstgrenze für das Zusammentreffen von Rente und Versorgung. Die herabgesetzte Höchstgrenze bewirkt im Ergebnis eine stärkere Kürzung des Ruhegehalts und somit eine deutliche Verringerung der Gesamtversorgung aus Beamtenversorgung und Rente. Die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen haben hier bereits für die Versorgungsempfänger*innen günstigere Regelungen getroffen.

Digitalisierung beschäftigtenfreundlich vorantreiben

Mit der voranschreitenden Digitalisierung des öffentlichen Dienstes gehen für alle Beschäftigten erhebliche Veränderungen von Arbeitsabläufen und Arbeitsweisen einher. Der digitale Wandel der Verwaltung ist deshalb unter Beachtung von Mitbestimmung und Beteiligung zu gestalten. Dem Erhalt der Gesundheit der Beschäftigten, ihrer Qualifizierung und Weiterbildung muss dabei eine besondere Be-

deutung zukommen. Eine datenschutzkonforme Verarbeitung von Beschäftigendaten und der Schutz vor unzulässigen Verhaltens- und Leistungskontrollen sind zu gewährleisten.

Neue IT-Verfahren dürfen nicht zur Kündigung oder Änderungskündigung von Arbeitsverhältnissen mit dem Ziel der tariflichen Herabgruppierung führen. Bei notwendigen Versetzungen oder Umsetzungen werden vorrangig gleichwertige Arbeitsplätze bzw. Dienstposten angeboten, sofern im bisherigen Tätigkeitsbereich eine gleichwertige Tätigkeit nicht weiter möglich ist. Auf die Belange der Beschäftigten mit Behinderung muss besonders Rücksicht genommen werden.

Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit und Usability entsprechend dem Stand der Technik muss ein selbstverständliches Auswahl- und Designkriterium für die im öffentlichen Dienst genutzten IT-Verfahren sein. Die IT-Verfahren des Landes sollen in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion einnehmen. Dies nützt auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Frauen- und Gleichstellungspolitik voranbringen

Wir treten dafür ein, dass Menschen aller Geschlechter ihr Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt führen können. Zentral hierfür ist es, die eigene Existenz eigenständig finanziell sichern zu können. Obwohl wir schon viele Erfolge in der Gleichstellung von Frauen und Männern errungen haben, sind Frauen noch immer in der Arbeitswelt und in vielen anderen Lebensbereichen benachteiligt. Alarmierend ist ein gesellschaftliches Klima, in dem Hass und Gewalt gegen Frauen zunehmen und nicht konsequent genug bekämpft werden.

Wir fordern deshalb effektives und zielgerichtetes politisches Handeln, um die Gleichstellung von Frauen zu verwirklichen und Frauen vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen.

Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms

Das ressortübergreifende GpR ist von großer Bedeutung für die zukünftige Ausrichtung der Gleichstellungspolitik im Land und soll kontinuierlich fortgeschrieben werden. Für die Umsetzung ist es unerlässlich, die erforderlichen finanziellen Mittel im Haushalt einzuplanen.

Schließung der Entgeltlücke von Frauen und Männern

Mit der bis Juni 2026 verpflichtenden Umsetzung der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie bietet sich auch für Mecklenburg-Vorpommern die Chance, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern wirksam zu verringern. Wir fordern von der Landesregierung, die Umsetzung und Einhaltung der neuen Vorgaben aktiv zu unterstützen und zu begleiten – etwa durch Informationskampagnen und gezielte Veranstaltungen.

Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten

Frauen sind das größte und wichtigste Beschäftigungspotenzial für die Fachkräftesicherung in Mecklenburg-Vorpommern. Viele wollen ihre Erwerbstätigkeit ausweiten und sind so gut ausgebildet wie nie zuvor – dennoch bestehen nach wie vor hohe Hürden in der Arbeitswelt. Wir fordern, dass das Land dieser Realität deutlich stärker Rechnung trägt. Eine moderne Fachkräftesicherung muss geschlechtergerechte Rahmenbedingungen schaffen, Hürden für Frauen im Erwerbsleben abbauen und gezielte Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote bereitstellen, um vorhandene Fachkräftepotenziale optimal zu nutzen. Die Fachkräftestrategie des Landes sollte dies konsequent berücksichtigen und Frauen als zentrale Fachkräfteressource stärken.

Eine verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen

Eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur ist entscheidend, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt für Frauen und Männer zu erreichen. Hierfür braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Kitas und eine angemessene Personalbemessung.

Ausbau der Ganztagschule

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag tritt zum 1. August 2026 in Kraft. Zentrale Ziele sind eine individuelle Förderung und bessere Teilhabechancen aller Kinder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Alle Bereiche des Ganztages brauchen eine gute Personalausstattung mit Vertretungsreserven, die eine bedarfsgerechte Fachkraft-Kind-Relation ebenso zulassen wie lernförderliche Klassengrößen.

Klischeefreie Berufsorientierung nachhaltig gestalten

Klischeefreie Berufsorientierung muss verbindliche Grundlage aller Maßnahmen der Berufsberatung und pädagogischen Arbeit sein. Der Girls' Day und der Boys' Day sollen weiterhin gezielt für das Thema sensibilisieren und die Landeskoordinierungsstellen für den Girls' Day und den Boys' Day dauerhaft gesichert werden.

Die systematische Vermittlung von Genderkompetenz – sowohl in der Lehramtsausbildung als auch in schulinternen Fortbildungen – ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Schule als Lernort fürs Leben aktiv zur Gleichstellung der Geschlechter und zu mehr Chancengerechtigkeit für Mädchen und Jungen beiträgt.

Abschaffung des Ehegattensplittings

Das Land soll eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Ehegattensplittings auf den Weg bringen. Ziel ist die Einführung einer gerechten Individualbesteuerung, die Erwerbsarbeit und finanzielle Eigenständigkeit von Frauen stärkt.

Geschlechtergerechte Arbeitsmarktdaten systematisch erheben und nutzen

Nur wer weiß, wo Ungleichheit entsteht, kann wirksam gegensteuern – in der Planung von Maßnahmen ebenso wie bei Förderung und Kontrolle. Wir fordern die Unterstützung des Landes für die Nutzung und gezielte Weiterentwicklung des Gender DatenReports der Metropolregion Hamburg für Mecklenburg-Vorpommern, um Gleichstellungspolitik datenbasiert, transparent und wirksam zu gestalten.

Gender Budgeting einführen und umsetzen

Der Haushalt ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Umsetzung gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. Dabei ist eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung unerlässlich.

Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz

Das Gewalthilfegesetz des Bundes verpflichtet die Länder, ein verlässliches Netz an Schutz- und Beratungsangeboten für von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder aufzubauen und zu finanzieren. Bis Ende 2026 müssen die Länder eine Bestandsaufnahme vorlegen. Ab 2032 greift der Rechtsanspruch. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz zügig zu verabschieden.

Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung

Gesetze müssen die Rahmenbedingungen für mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt schaffen. Die Einführung eines Gleichstellungschecks für alle politischen Vorhaben ist überfällig.

Antifeminismus entgegenreten

Wir fordern, die fortschreitende soziale Spaltung zu bekämpfen und den antidemokratischen und vielfach antifeministischen Strömungen entschieden entgegenzutreten.

Gute Bildung für ein zukunftsfähiges M-V schaffen

Gute Bildung legt den Grundstein für die erfolgreiche soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen und für die demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Die Universitäten und Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind zudem wichtige Innovationszentren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes.

Um Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen, brauchen wir die größtmöglichen Anstrengungen, um gute Bildung in Schule, Kita und Hochschule zu gewährleisten. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Gute Schule

Schulen können einen zentralen Beitrag zu einem gelingenden Leben leisten und Kinder, gerade aus Familien mit wenig Ressourcen, sind auf ein leistungsfähiges Schulsystem angewiesen. Um dies zu gewährleisten, sind die Reformaufgaben in M-V jedoch enorm.

Investitionen stärken

Es braucht dauerhaft mehr Geld, um sächlich, personell und inhaltlich notwendige Entwicklungen abzusichern. Gute Schule benötigt eine auskömmliche Finanzierung und eine leistungsfähige Verwaltung. Dafür sollen die aufgrund der demographischen Entwicklung zunehmend freiwerdenden Personalkapazitäten und Finanzmittel im Schulsystem verbleiben.

Darüber hinaus muss geklärt werden, wie eine handlungsfähige Struktur der Schulträgerschaft und effektive Schulverwaltung aussehen müssen, damit gute Bildung nach landesweit gültigen Standards sichergestellt werden kann.

Mehr Fachkräfte durch attraktive Arbeitsbedingungen werben

Gute Schule geht nur mit attraktiven Bedingungen für Arbeit und Ausbildung für alle. Sie lebt von einem qualitativollen Studium und Referendariat und gewinnt durch einen hochwertigen Seiteneinstieg und Fortbildungen.

Wir fordern einen attraktiven „Arbeitsplatz Schule“. Ganz oben steht hier die Senkung der Arbeitsbelastung. Die Zahl der Pflichtstunden muss reduziert werden. Alle Aufgaben, die nicht in erster Linie zu pädagogischen Kernaufgaben gehören, müssen wegfallen oder durch passende Fachkräfte geleistet werden. Erstes Ziel muss sein, Mehrarbeit zu reduzieren. Fällt sie dennoch an, muss Mehrarbeit zuverlässig und vollumfänglich erfasst und honoriert werden. Schulen mit besonderen Herausforderungen bei der Personalgewinnung und -bindung müssen zusätzlich unterstützt und gestärkt werden.

Arbeitszeit erfassen

Grundsätzlich braucht es die vollständige Erfassung der Arbeitszeit aller Pädagog*innen, eine konkrete Arbeitsplatzbeschreibung sowie eine Personalplanung und -zuweisung, die sich nicht nur nach dem Minimum für die Absicherung der Stundentafel bemisst, sondern die landesweit pädagogischen Notwendigkeiten für eine inklusive Schul- und Unterrichtsentwicklung und erwartbare Vertretungsbedarfe sicherstellt.

Im Referendariat muss die Belastung sinken und die Unterstützung der (Weiter-)Entwicklung der professionellen Persönlichkeit im Mittelpunkt stehen. Wir fordern die Entwicklung eines anschlussfähigen Referendariates an das neue Sekundarstufenlehramt. Auch der Seiteneinstieg von Menschen mit verschiedenen Qualifikationen ist von zentraler Bedeutung. Hier braucht es mehr Entlastungsstunden sowie

eine enge Begleitung, insb. für eine erfolgreiche Seiteneinstiegsqualifizierung. Für Seiteneinstieg und Referendariat brauchen Mentor*innen mehr Zeit und Qualifizierung. Die Fort- und Weiterbildung muss strategisch enger mit den Hochschulen sowie dem Referendariat und Seiteneinstieg verbunden werden.

Mehr inklusive, ganztägige Bildung gewährleisten

Die sogenannte „Inklusionsstrategie“ enttäuscht und gibt keine Antwort auf die Frage, wie Schulen auf die individuellen Lernvoraussetzungen eingehen können, um für alle jungen Menschen höchstmögliche Bildung und entsprechende Bildungsabschlüsse möglich zu machen. Inklusion braucht Zeit, kleinere Klassen und die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Diese müssen unabhängig von konkreten Diagnosen einzelner Schüler*innen an jeder Schule grundsätzlich und dauerhaft vorhanden sein. Aufgrund regional unterschiedlicher Bedarfe braucht es einen landesweiten Sozialindex als Grundlage für die konkrete Personalausstattung.

Unsere Schulen brauchen u. a. gut ausgebildete Lehrer*innen, unterstützende pädagogische Fachkräfte, Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, medizinisches Personal, Schulpsycholog*innen und unterstützende verwaltende Fachkräfte. Aus- und Fortbildungen müssen auf Teamarbeit ausgerichtet werden, damit alle Fachkräfte in Schulen passend eingesetzt und wirksam werden können. Schulen sollen, da wo noch vorhanden, eng mit Horten kooperieren und wenn möglich ganztägige Bildungskonzepte an einem Ort realisieren und rhythmisiert lernen ermöglichen.

Mehr lernunterstützende Räume schaffen

Gute Schule braucht eine sinnvolle pädagogische Raumgestaltung. Lernen gelingt dann gut, wenn durch zukunftsorientierte und kluge Raumgestaltung im Schulhaus und auf dem Schulgelände die pädagogischen Möglichkeiten ansprechend sind und bei Bedarf erweitert werden können. Unter

energetischen, gesundheitsorientierten, inklusiven und pädagogischen Gesichtspunkten muss weiter um- und neugebaut werden. Die Schulgemeinschaft ist bei der Gestaltung frühzeitig zu beteiligen, um u. a. Differenzierungs-, Rückzugs- sowie auch Arbeitsräume für Lehrkräfte in den Blick zu bekommen. Die Größe der Lerngruppe muss anders als bisher folglich von den verbleibenden räumlichen Möglichkeiten in voll eingerichteten Unterrichtsräumen abgeleitet werden.

Beständige digitale und sächliche Ausstattung umsetzen

Gute Schule ist räumlich und sächlich gut ausgestattet. Wir brauchen eine hervorragende technische und sächliche Ausstattung. Lernmaterial muss für Schüler*innen ausreichend und mit notwendigen Differenzierungsmöglichkeiten überall zur Verfügung stehen. Die digitale Erschließung jeder Schule muss weiter vorangetrieben werden. Alle Pädagog*innen sowie Schüler*innen benötigen Notebooks/Tablets und die dazugehörigen Datentarife sowie eine beständige IT-Betreuung auf Kosten des Landes und der Schulträger. Fortbildungen zum sinnvollen pädagogischen Einsatz digitaler Elemente im Unterricht müssen niedrigschwellig bereitgestellt und zeitlich flexibel ermöglicht werden.

Mehr Demokratie und Mitbestimmung ermöglichen

Gute Schule ist ein demokratischer Lern- und Lebensort und soll allen, die dort arbeiten und lernen, ermöglichen mitzubestimmen. Wir fordern, dass das Land die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur stärker im Rahmen der Unterrichts- und Schulentwicklung unterstützt und alle Beteiligten angemessen fortbildet. Außerdem braucht es angesichts der aktuellen Lage speziell geschulte und dafür zeitlich ausgestattete Lehrer*innen in den Schulen, die verlässlich im Bedarfsfall zur Unterstützung ihrer Kolleg*innen zur Verfügung stehen. Die Vertretungen der Beschäftigten vor Ort brauchen zudem mehr Zeit für Ihre wichtige Arbeit.

Schulsozialarbeit stärken

Aktuell werden über 220 Schulsozialarbeiter*innen über den Europäischen Strukturfonds vom Land mit 50 Prozent der Personalkosten finanziert. Mit der neuen Förderperiode 2028 - 2034 wird es nach jetzigem Stand zu einer Zentralisierung der Mittelvergabe und Zusammenlegung der Fonds kommen.

Deshalb fordern wir eine Landesstrategie zur Förderung und Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in M-V, eine Strategie zur Förderung des ESF im nationalen Kontext und frühzeitiges Agieren auf Landesebene sowie ein Landesprogramm Schulsozialarbeit und an jeder Schule mindestens ein*e Schulsozialarbeiter*in. Außerdem brauchen wir eine Stärkung der Jugend- und Jugendsozialarbeit durch verlässliche Finanzierung sowie den Einsatz für eine Reform des Königsteiner Schlüssels auf Bundesebene in Bezug auf die Berücksichtigung des demographischen Wandels und eines Mobilitätsfaktors zur Überwindung des Stadt-Land-Gefälles und für eine gerechtere und bedarfsgerechtere Umverteilung.

Gute frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für Teilhabe und Chancengleichheit.

Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch ein System der frühkindlichen Bildung aus, das auf Kita-Beiträge der Eltern verzichtet, hohe Teilhabequoten in Krippe, Kindergarten und Hort und eine sehr hohe Fachkräftequote hat. Gleichzeitig ist das Betreuungsverhältnis das schlechteste in der Bundesrepublik und damit eine große Schwachstelle in der Bildung, Erziehung und Förderung von 0- bis 10-Jährigen.

Wir fordern deshalb Investitionen und noch mehr Anstrengungen, um die Qualität der frühkindlichen Bildung zu verbessern.

Keine Kitas schließen

Die sinkenden Geburtenzahlen dürfen nicht zu Kita-Schließungen und Entlassungen führen.

Insbesondere für die Fahrwege der Kleinsten, für ihre sozialen Kontakte und für die Entwicklung des ländlichen Raumes müssen unsere Kitas erhalten werden.

Fachkräfte halten

Demografische Entwicklung darf nicht zu Kündigungen führen. Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Entlassungen würden dazu führen, dass die hier ausgebildeten Fachkräfte abwandern und sich das demografische Problem des Landes verschärft. Wir müssen pädagogischen Fachkräften auch langfristige Berufsperspektiven bieten.

Kinderschutz gewährleisten

Die demografische Entwicklung bietet die Möglichkeit, endlich einen landesweit gesetzlich verbindlich geregelten Mindestpersonalschlüssel sowie in einem weiteren Schritt eine stufenweise Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation (1:3 Krippe, 1:8 Kita, 1:12 Hort) zu erreichen. Die Chance, das Betreuungsverhältnis auf das wissenschaftlich empfohlene und vor allem dem Kindeswohl entsprechenden Maß zu reduzieren, dürfen wir nicht verstreichen lassen.

Finanzielle Sicherheit schaffen

Die sinkenden Geburtenzahlen dürfen nicht zu einer Absenkung der Ausgaben beim Land, den Landkreisen und Kommunen führen. Stattdessen sollten die Ausgaben mindestens auf dem heutigen Niveau stabil gehalten werden, um Kita-Schließungen und Entlassungen zu verhindern und die Bildungsqualität zu erhöhen. Wir fordern deshalb eine Garantie der aktuellen Mittel und ein Verzicht auf Kürzungen bei der frühkindlichen Bildung durch ein Moratorium.

Gute Arbeit in Hochschule und Forschung

Hochschulen und Forschung sind wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften und sind zudem Treiber

für Innovation und Magnet für die Ansiedlung von Fachkräften, Unternehmen und anderen zukunftsrelevanten Institutionen.

Auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen sichern

Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss eine dauerhaft auskömmliche, dynamisierte Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherstellen. Ziel ist es, wissenschaftliche Arbeit von kurzfristigen Projektlogiken und Drittmittelabhängigkeiten zu entlasten und verlässliche Rahmenbedingungen für Forschung, Lehre und Transfer zu schaffen. Die in den kommenden Jahren demographiebedingt freiwerdenden Ressourcen sollen im Hochschulsystem verbleiben und der Qualitätsentwicklung der Hochschulen dienen.

Gute Lehre und gute Studienbedingungen ermöglichen

Die neue Landesregierung soll verbindliche Konzepte zur Verbesserung der Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden entwickeln. Gute Lehre braucht Zeit, Qualifikation und stabile Personalstrukturen. Hochschuldidaktische Weiterbildung und innovative Lehrformate sind landesseitig gezielt zu fördern. Die Lehrverpflichtungsverordnung muss modernisiert und eine realistische Bewertung der Lehre vorgenommen werden. Der Arbeitsaufwand ist vollständig anzuerkennen und Qualität in Studium, Lehre und Forschung zu sichern.

Dauerstellen für Daueraufgaben – Personalstrukturen reformieren

Mecklenburg-Vorpommern muss Anreize für Hochschulen setzen, Daueraufgaben durch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse abzusichern. Personalmodelle jenseits des Lehrstuhlprinzips, etwa Departmentstrukturen, müssen gefördert und dem hohen Befristungsanteil im wissenschaftlichen Mittelbau entgegengewirkt werden. Machtmissbrauch an den Hochschulen muss effektiv bekämpft werden.

Demokratie und Mitbestimmung an Hochschulen stärken

Demokratische Governance ist Voraussetzung für gute Arbeits- und Studienbedingungen. Hochschulrechtliche und personalvertretungsrechtliche Rahmenbedingungen müssen so modernisiert werden, um Mitbestimmungsrechte von Studierenden, wissenschaftlichen Beschäftigten und Promovierenden zu stärken.

Inklusion, Diversität und soziale Teilhabe ausbauen

Eine inklusive und diversitätsgerechte Hochschulentwicklung ist zu fördern. Programme zum Abbau sozialer Barrieren, zur Unterstützung nicht-traditioneller Bildungswege und zur Barrierefreiheit in Studium und Arbeit sind gezielt auszubauen.

Gebührenfreiheit sichern und Studienfinanzierung ergänzen

Ein vollständig gebührenfreies Studium muss garantiert werden; weitere Erhöhungen von Semestergebühren müssen unterbleiben. Auf Bundesebene soll sich die neue Landesregierung für eine Reform der Studienfinanzierung einsetzen und landeseigene Unterstützungsinstrumente für Studierende in prekären Lebenslagen entwickeln.

Faire Bedingungen für Lehrbeauftragte bereitstellen

Wir benötigen dringend landesweit einheitliche, transparente und sozial abgesicherte Standards für Lehrbeauftragte. In Übergangs- und Dauerregelungen sind Verschlechterungen der Beschäftigungs- und Einkommenssituation zu verhindern.

Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – Transfer stärken

Der Austausch zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Praxis soll gefördert werden. Transfer muss als dialogischer Prozess verstanden und durch landesweite Programme strukturell unterstützt werden.

Demokratie sichern und stärken

Unsere Demokratie ist unter Druck. Antidemokratische Kräfte versuchen, durch die Verbreitung von Hass und Hetze und Angriffe gegen die Menschenwürde unsere Gesellschaft zu spalten und demokratische Institutionen zu verunglimpfen. Frauenrechte und Vielfalt werden zunehmend infrage gestellt und die Zahl rechtsextremer Straftaten hat auch in M-V erheblich zugenommen. Dabei werden auch Gewerkschafter*innen verunglimpft und angefeindet.

Diese Angriffe gegen Demokratie und Menschenwürde verurteilen wir aufs Schärfste und erwarten von den demokratischen Parteien ein konsequentes Eintreten gegen rechte Hetze, völkischen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Gewerkschaften und Betriebsräte sind dabei als demokratische Institutionen in Betrieb und Gesellschaft besonders zu schützen.

Demokratiefördergesetz umsetzen

Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Demokratiefördergesetz. Dies ist ein wichtiger Baustein, um Projekte langfristig zu sichern und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Landesantidiskriminierungsgesetz zügig verabschieden:

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, ein Landesantidiskriminierungsgesetz umzusetzen, das vor Diskriminierung durch den Staat schützt und die im AGG bestehenden Lücken schließt.

Mittel für politische Bildung und Demokratietarbeit erhöhen

Darüber hinaus müssen die Mittel für Demokratiet-

arbeit und politische Bildung erhöht werden. Politische Bildung ist ein zentraler Baustein unseres demokratischen Zusammenlebens und gerade in Zeiten von Verunsicherung und Zukunftsängsten elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Anerkennung von Bildungsurlauben in M-V muss vereinfacht werden.

Schule als Ort der Demokratie stärken

Bildung hilft gegen Extremismus. Schule muss als Ort der Partizipation und demokratischen Bildung für attraktive und wirksame Mitwirkungsgruppen gestärkt werden. Politische Bildung ist praxisorientiert und umfassend zu vermitteln; Grundkenntnisse über Arbeits- und Tarifrecht müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Die Zugangsrechte der Gewerkschaften sind sicherzustellen. Eine Werbung der Bundeswehr an den Schulen lehnen wir ab.

Jugend- und Auszubildendenvertretungen von Betrieben mit Auszubildenden an Berufsschulen oder Berufsfachschulen sollen an Schülervollversammlungen und Schülerratssitzungen mit einem Anwesenheits-, Antrags- und Initiativrecht teilnehmen können. Auf Schulkonferenzen sollen diese Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein Teilnahme- und Rederecht erhalten.

Diskriminierungskritische Qualifizierungsinhalte in die Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen des Bildungssystems integrieren

Die Integration diskriminierungskritischer Qualifizierungsinhalte auf allen Ebenen des Bildungssystems fördert breite gesellschaftliche Teilhabe und stärkt die demokratische Gesellschaft langfristig.

Mehrsprachigkeit fördern

Die Chancen von Mehrsprachigkeit müssen besser genutzt werden. Mehrsprachigkeit steigert die kog-

nitive Flexibilität, Identitätsstabilität und Chancengleichheit. Diese Chancen müssen im Unterricht und darüber hinaus besser genutzt werden. Unter anderem müssen notwendige Beratungsstrukturen (wie die Fachstelle Mehrsprachigkeit bei der RAA M-V) nachhaltig auf- und ausgebaut werden. Zugleich muss Deutsch als Zweitsprache (DaZ) als Hauptfach für Lehramtsstudierende an den Universitäten des Landes eingeführt werden.

Demokratie im Betrieb

Gewerkschaften und Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen müssen als zentrale Bausteine unserer Demokratie anerkannt und gestärkt werden. Der Behinderung von Betriebs- oder Personalratsarbeit muss entschieden begegnet werden. Durch die Einführung einer „Demokratiezeit“ von einer Stunde pro Woche etwa kann die Mitbestimmung im Betrieb gefördert werden.

Betriebliche Willkommenskultur stärken

Betriebe sind seit jeher ein Ort der Vielfalt, und Arbeit und Ausbildung können ein Motor der Integration sein. In der aktuellen Fachkräftesituation kommt diesem Aspekt eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig manifestieren sich in der Gesellschaft nahezu ungebremst menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen, was sich auch in der Zunahme von Angriffen gegenüber Menschen bemerkbar macht. Dieser Entwicklung ist dringend gegenzusteuern. Es braucht deshalb dringend eine gesellschaftliche und betriebliche Willkommenskultur, um die Integration in Arbeit und Ausbildung zu fördern und Geflüchteten und Zuwanderern eine Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Stärkung des Ehrenamts

Ehrenamtliches Engagement ist wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Ein Engagement im Ehrenamt stärkt den sozialen Zusammenhalt und macht das Funktionieren etwa von Gewerkschaften, Sportvereinen oder vielen sozialen Einrichtungen erst möglich. Eine gesetzliche und bezahlte Freistellung kann dabei helfen, dieses

Engagement zu erhöhen und damit den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Erinnerungskultur stärken, den 8. Mai als Feiertag etablieren

Die Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen niemals vergessen werden und müssen uns Mahnung für eine friedliche und gewaltfreie Zukunft sein. Der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus ist als Feiertag in M-V zu etablieren.

Wirksame Bekämpfung von Hate Speech

Die Medienerziehung in den Schulen muss stärker als bisher darauf ausgerichtet werden, Kinder und Jugendliche gegen Hate Speech und Fake News stark zu machen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es um Prävention durch die Vermittlung guter Umgangsformen in Internet und sozialen Medien, die Vermittlung von Strategien, wie sich gegen Hate Speech gewehrt werden kann, die Vermittlung des Erkennens von Fake News und Möglichkeiten des Entgegenwirkens, kritische Reflektion der im Internet verbreiteten Geschlechterklischees, Sensibilisierung und Aufklärung von Eltern zur Thematik und das Kennenlernen und Einüben von demokratischen Diskursen.

Damit Lehrkräfte diese Aufgaben auch leisten können, bedarf es sowohl der entsprechenden Fortbildungsangebote als auch einer zeitlichen Entlastung an anderer Stelle. Ebenso müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit flächendeckend medienpädagogische Elternabende stattfinden können. Auch in Jugendzentren und anderen Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche sollten Ressourcen für Präventionsarbeit und Hilfe gegen Hate Speech und Fake News zur Verfügung stehen.

Verfassungsgerichte schützen

Es ist zu prüfen, ob ein besserer Schutz des Landesverfassungsgerichts gegen die Einflussnahme von Verfassungsfeinden rechtlich notwendig und möglich ist.

Für eine starke Polizei in M-V: Jetzt mehr Personal, bessere Bezahlung und moderne Ausstattung!

Personalaufwuchs und Belastungsabbau

Wir fordern die kurzfristige Einstellung von jährlich mindestens 300 zusätzlichen Polizeibeschäftigten über den Ersatzbedarf hinaus, um die aktuell massiven Personaldefizite in der Fläche und im Kriminaldienst abzubauen. Zudem muss eine verbindliche Strategie zur signifikanten Reduktion von Überstunden und zur Steigerung der Regeneration der Einsatzkräfte vorgelegt werden.

Altersgerechte und Flexible Dienstmodelle

Die Landesregierung muss altersgerechte und gesundheitsfördernde Dienstmodelle ausbauen und verbindlich in der gesamten Landespolizei implementieren, um erfahrene Kolleginnen und Kollegen länger im Dienst zu halten und die hohe physische und psychische Belastung im späteren Berufsleben abzufedern.

Anhebung der Eingangssämter und Zulagen im Polizeidienst

Ziel bleibt die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn für den Polizeidienst. Sollte dies nicht möglich sein, muss die Besoldung der Polizeivollzugsbeamten dringend durch die Anhebung der Eingangssämter im mittleren und gehobenen Dienst sowie durch eine spürbare Erhöhung der Polizeizulage verbessert werden.

Zulage für besondere Einsatzlagen und Nachwuchsgewinnung

Wir fordern die Einführung einer attraktiven Zulage für Dienste zu ungünstigen Zeiten (Nacht, Wochenende, Feiertage), um die Mehrbelastung angemessen zu honorieren und die Attraktivität des Polizeiberufs im Wettbewerb, um Fachkräfte zu steigern.

Abschaffung der massiven Kürzung der Ruhegehälter durch systemnahe Zeiten

Nur noch Mecklenburg-Vorpommern hat diese Kürzungsregelung. Sie wird von den Betroffenen als massive Missachtung ihrer für das Land Mecklenburg-Vorpommern geleisteten Arbeit verstanden.

Modernisierung der Liegenschaften

Es ist ein verbindlicher Investitionsplan aufzulegen, der die umfassende und zeitnahe Sanierung sowie Modernisierung aller Polizeidienststellen und der Ausbildungsstätten in M-V sicherstellt. Dazu gehört eine angemessene Ausstattung mit zeitgemäßen Sozialräumen wie auch eine bessere IT-Infrastruktur - d. h. das gesamte Fundament aus Hardware (Server, PCs, Netzwerk), Software (Betriebssysteme, Anwendungen) und Diensten (Netzwerke, Speicher), das die Landespolizei benötigt, um IT-Dienste bereitzustellen und digitale Prozesse zu unterstützen.

Technologische und Digitale Aufrüstung

Die flächendeckende Bereitstellung moderner, einsatztauglicher Digitaltechnik (inkl. Body-Cams, digitaler Aktenführung, neuer IT-Infrastruktur) und die Garantie einer durchgängigen Funktionsfähigkeit müssen Priorität erhalten, um die Effizienz der polizeilichen Arbeit zu gewährleisten und die Dokumentation zu verbessern.

Europäische Mittel verstetigen und sinnvoll einsetzen

Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahrzehnten sehr von dem Einsatz europäischer Mittel, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Gemeinschaftsaufgaben Regionales Wirtschaftspolitik (GRW) und Agrarpolitik (GAP) profitiert. Die Europäische Kommission will nun mit dem vorgelegten Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 die Struktur für die Verteilung der Mittel massiv verändern und zentralisieren.

Mittel weiterhin regional planen und umsetzen

Wir erwarten von einer zukünftigen Landesregierung und allen demokratischen Parteien, dass sie sich dafür einsetzen, dass europäische Mittel weiterhin auf regionaler Ebene geplant und umgesetzt werden und zumindest in gleicher Höhe erhalten bleiben. Außerdem fordern wir, dass Mittel insbesondere in den Bereichen Stärkung der

Demokratie, Armutsbekämpfung, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, Fachkräftesicherung und für die Bewältigung der Transformation eingesetzt werden. Die Förderung durch öffentliche Gelder muss an Tarifbindung, Mitbestimmung und eine Beschäftigungssicherung gekoppelt werden.

Ländlichen Raum stärken

Der ländliche Raum soll nach den Vorschlägen der EU-Kommission in Zukunft kaum noch eine Rolle in der Förderung spielen. Wir fordern, dass keine abgehängten Regionen entstehen dürfen, in denen die öffentliche Daseinsvorsorge nur eingeschränkt gewährleistet ist. Eine funktionierende Daseinsvorsorge (gute Bildung und Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Mobilität, funktionierende bürgernahe öffentliche Verwaltung, gute Freizeitangebote u. a. m.) ist für die Akzeptanz der staatlichen Institutionen und der Demokratie unerlässlich.

Stark in Arbeit.



MACH DICH STARK

MIT UNS
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

